

Rahel Černá-Willi und Stefan Kube im Gespräch mit Franziska Rich

Projektarbeit in Russland: Ein langer Atem ist gefragt

Franziska Rich hat vor über 20 Jahren die Projektarbeit von G2W in Russland aufgebaut und seitdem die Arbeit mit den Projektpartnern vor Ort betreut. Sie hat alle Höhen und Tiefen der jüngeren Entwicklung Russlands miterlebt – von den turbulenten 1990er Jahren unter Jelzin bis hin zu einer gewissen Stabilisierung unter Putin. In einem längeren Interview haben wir sie zu ihrer persönlichen Motivation für diese Arbeit, zur sozialen Situation in Russland und vor allem zu ihrer Einschätzung der jüngsten politischen Entwicklungen befragt. – S. K.

Franziska, seit über 20 Jahren betreust Du die Projektarbeit von G2W in Russland. Was war Deine Motivation, Dich in Russland zu engagieren?

In den letzten Jahren am Gymnasium habe ich viel russische Literatur gelesen, angeregt durch meinen Vater, der sie sehr gut kannte. Als ich danach mein Zoologie-Studium an der Universität Zürich aufnahm und ich nebenher noch Zeit hatte, beschloss ich, den Russisch-Kurs für Slavisten zu besuchen. Ich hatte das Glück, eine Russischlehrerin zu haben, die nicht nur die russische Sprache vermittelte, sondern auch die russische Kultur und Religionsphilosophie. Dank meiner Sprachkenntnisse erhielt ich nach Abschluss des Studiums die Möglichkeit, für zehn Monate als Austauschstudentin nach Moskau zu gehen. Das war 1970/71, als die Menschenrechtsbewegung mit Sacharow und der Widerstand der Schriftsteller mit Solschenizyn einen Höhepunkt erreichten. Ich habe erfahren, was es heißt, in einem totalitären Land leben zu müssen, und Menschen kennen gelernt, die sich dagegen zu wehren versuchten. Dies hat mich dann nicht mehr losgelassen und dazu geführt, dass ich später meinen Beruf gewechselt habe. Ich habe zuerst Jahre in Deutschland in der Russlandhilfe gearbeitet, auch in Zusammenarbeit mit russischen Emigrantenorganisationen. Nach der Wende ergab sich dann die Möglichkeit bei G2W tätig zu werden.

Mein Aufenthalt in der Sowjetunion und die Jahre danach in Deutschland waren wohl die beste Vorbereitung für die Projektarbeit bei G2W. Sicherlich habe ich dennoch Fehler gemacht, aber sie hielten sich in Grenzen, da ich von Anbeginn über Erfahrung im Umgang mit den Menschen verfügte und Verständnis für ihre Probleme hatte. Dazu gehören Ängste, mangelndes Selbstwertgefühl, verbunden mit einer Aggressivität, wenn sich die Menschen bedrängt oder überfordert fühlen. Damit konnte ich besser umgehen als andere Helfer aus dem Ausland. Ich versuche, den Menschen zu helfen, aus diesem Teufelskreis herauszukommen und mutig zu werden. «Menschen aufrichten», habe ich diesen Aspekt meiner Arbeit häufig genannt.

Welche Bevölkerungsgruppen in Russland sind vor allem auf Hilfe angewiesen?

Es sind wie fast überall auf der Welt die kinderreichen Familien. Besondere Unterstützung brauchen dabei die Kinder ohne ausreichende elterliche Betreuung. Zu ihnen gehören sog. Straßen- und Heimkinder. Hilfe benötigen auch die Behinderten und ältere Menschen, die von kargen Renten leben müssen und keine Angehörigen haben, die für sie sorgen können. Hinzu kommen alle jene Menschen, die durch das soziale Netz gefallen sind:

die große Zahl der Abhängigen – d.h. der alkoholkranken Obdachlosen, der Drogen- und HIV-Patienten – und der Straftentlassenen.

Wenn man das hört, gewinnt man den Eindruck, dass es in Russland kaum ein soziales Sicherungsnetz gibt.

Nein, das würde ich so nicht sagen. Russland unterscheidet sich von den hiesigen Verhältnissen dadurch, dass die sozialen Bedürfnisse der Menschen in der Regel nicht individuell abgeklärt werden. Es gibt ein Verteilsystem, in dessen Rahmen beispielsweise Renten verschiedener Kategorien und Höhe ausbezahlt werden. Die lokalen Sozialdienste haben in der Regel jedoch weder die Möglichkeit noch die Kompetenz auf Einzelbedürfnisse einzugehen, sie sind in erster Linie dazu da, die von oben beschlossenen Sozialleistungen zu verteilen, aber nicht, um zusammen mit den Bedürftigen längerfristige Strategien zu entwickeln. Ein soziales Sicherungsnetz als reiner Verteilungsmechanismus genügt natürlich oftmals nicht. In solchen Fällen sind die spendenabhängigen nicht-staatlichen Organisationen gefordert, die an der Basis wirken. Ich denke z.B. an unsere Partnerorganisation «Insel der guten Hoffnung» in der Uralregion, die mit älteren Menschen arbeitet und ständig mit solchen Einzelsituationen zu tun hat. Sie ist Anlaufstelle für über 30 000 Menschen mit verschiedenartigen Bedürfnissen, was zeigt, welchen Beitrag nicht-staatliche Initiativen zum sozialen Wohl der Bevölkerung leisten.

In Russland hat sich in den letzten Jahren das Durchschnittseinkommen erhöht. Ist es somit leichter geworden, lokale Sponsoren für die Projektarbeit zu finden?

Nicht unbedingt. In Moskau vielleicht schon, da die größeren Einkommen eher auf die größeren Städte konzentriert sind, und weil dort in den letzten Jahren eine gewisse Mittelschicht entstanden ist. Man darf aber auch nicht außer Acht lassen, dass sich zwar die Einkommen erhöht haben, im gleichen Zeitraum jedoch auch die Inflation zugenommen hat. Ein Großteil der zusätzlichen Einkommen wird so von ständig steigenden Lebenshaltungskosten aufgeessen. Insbesondere machen den Menschen die horrend gestiegenen Mietnebenkosten zu schaffen.

Ein direkter Zusammenhang zwischen steigenden Einkommen und einer Zunahme von Spendern lässt sich also nicht beobachten. Denn in Russland fehlt es nicht nur immer noch weitgehend an einer Mittelschicht, sondern auch an einer Spendenkultur. Primäres Anliegen der Partnerorganisationen von G2W und anderer Initiativen ist es daher, in der Bevölkerung ein Verantwortungsgefühl für die Schwächsten der Gesellschaft zu wecken.

Welche Personen engagieren sich in der Projektarbeit und was ist ihre Motivation?

Bei allen Partnerorganisationen gibt es sehr viel Freiwilligenarbeit. Ich habe die «Insel der guten Hoffnung» erwähnt, deren Leiterin Valentina Fesetschko ist. Sie arbeitet bereits seit 20 Jahren für diese Organisation und hat die Arbeit des Sozialzentrums von Revda als Leiterin von Beginn an begleitet. Sie ist zwar angestellt, erhält aber keinen Lohn, der ihrer Arbeit und ihrem Einsatz angemessen wäre. Sie steht damit nicht allein: Die Organisation hat 23 Mitarbeitende und ein Jahresbudget von derzeit ca. 45 000 CHF. Da lässt sich leicht ausrechnen, was die Mitarbeitenden für Gehälter beziehen – es sind sogar für Kleinstädte in Russlands Provinz kleine Arbeitsentschädigungen. Wenn die Mitarbeitenden nicht bereit wären, sich trotzdem zu engagieren, wäre diese Arbeit schlicht nicht durchführbar.

Da wir fast ausschließlich in einem christlich geprägten Umfeld tätig sind, finden sich sehr oft Motivationen, die aus dem Glauben kommen. Vereinfacht gesagt: Ein Christ muss zeigen, dass er seinen Glauben in der Praxis ernst nimmt. Aus dem Glauben entspringt ein Verantwortungsgefühl gegenüber dem Nächsten.

Viele unserer Projektpartner verstehen sich als kirchennahe Organisationen. Wie sind ihre Beziehungen zur Kirche und welchen Status haben sie?

Grundsätzlich muss man bei den gesellschaftlichen Vereinigungen hinsichtlich ihrer staatlichen Registrierung zwei Kategorien unterscheiden – die religiösen und die nicht-religiösen. Nehmen wir als Beispiel für eine religiöse Initiative das orthodoxe Jugendzentrum «Arche» in der Stadt Kostroma. Es wird geführt von der orthodoxen Bruderschaft des hl. Serafim, einer eigenständigen juristischen Person. Doch nach dem geltenden Kirchenstatut unterstehen alle orthodoxen religiösen Organisationen letztlich der Eparchie, d. h. dem Bischof. Auch wenn der Bischof der Bruderschaft einen großen Freiraum gewährt, der nicht zuletzt darin besteht, dass sie für die Finanzierung ihrer Arbeit selbst sorgen muss, kann der Bischof sich jederzeit in deren Arbeit einmischen.

Die nicht-religiösen Organisationen haben dieses Problem nicht, auch wenn sie kirchennah operieren. Der Fonds «Diakonia» in St. Petersburg beispielsweise ist eine ökumenische Initiative, deren Gründungsmitglieder die orthodoxe, römisch-katholische und lutherische Kirche sind. Die Kirchenleitungen können aber keinen unmittelbaren Einfluss auf die Arbeit der Organisation nehmen, denn diese ist im juristischen Sinne kirchenunabhängig. Es sind die verantwortlichen Mitarbeitenden, die hier das Sagen haben. Die Kirchnähe besteht mehr im Charakter und den Grundprinzipien der Tätigkeit und in der intensiven Zusammenarbeit mit Gemeinden und Priestern.

Werden diese Organisationen finanziell von der Russischen Orthodoxen Kirche unterstützt?

Nein, in der Regel nicht. Dieses Problem muss man nüchtern betrachten. Ein Priester erklärte mir die Situation mit folgenden Worten: «In unserer Kirche fließen die Gelder nur von unten nach oben.» Häufig ist dies auch so, doch kann es vor Ort durchaus Ausnahmen geben. So durfte beispielsweise unsere nicht-religiöse Partnerorganisation «Glaube, Hoffnung, Liebe» für Strafgefangenenhilfe mehrere Jahre lang mit dem Segen des Patriarchen zu Ostern Spenden in Moskauer Kirchgemeinden für Hilfsaktionen zugunsten von Gefangenen in den Untersuchungsgefängnissen sammeln. Auf der Ebene der Kirchgemeinden wird im sozialen Bereich auf die eine oder andere Weise recht viel mitgetragen, aber viel seltener von Seiten der Kirchenleitung. Bischof Panteleimon (Schatov), der Leiter der Synodalabteilung für Wohltätigkeit und soziale Dienste, hat anscheinend das Problem erkannt und angeregt, einen kircheneigenen Fonds zu Finanzierung der sozialen und karitativen Initiativen zu gründen. Aber bis heute scheint es bei Gesprächen darüber geblieben zu sein.

Du hast vorhin das Gefälle zwischen den reichen Städten und dem Land in Russland erwähnt, spiegelt sich dieses auch bei den kirchlichen karitativen Organisationen wider?

Leider gibt es keine verlässlichen Statistiken, so dass es schwierig ist, einen genauen Überblick zu gewinnen. Aber generell würde ich sagen, dass es so ist. Beispielsweise befindet sich in Moskau die vermutlich größte karitative orthodoxe Schwesternschaft zu Ehren des hl. Zarensohns Dmitrij. Eine Schwesternschaft und Sozialarbeit in dieser Grösse ist in der russischen Provinz nicht denkbar. Das Beispiel zeigt auch, wie wichtig Basisinitiativen für die ganze Kirche sein können. Die meisten der in der kirchlichen Sozialarbeit tätigen Menschen verfügen allerdings über keine eigentliche Ausbildung. Es ist die Praxis, die sie ausbildet. In der Priesterausbildung ist das Fach Diakonie nur am Rande präsent, wenn man von Praktika der Studenten in Krankenhäusern und Kinderheimen absieht. G2W hat daher auch von 2000 bis 2003 Praktika für Studenten der Moskauer Geistlichen Hochschule in der Gefangenenseelsorge unterstützt und finanziert.

Ist die diakonische Ausbildung eine der größten Baustellen in der Russischen Orthodoxen Kirche?

Sicher ist das eine Baustelle, aber nicht die einzige. Und wenn ich ehrlich sein soll, sehe ich die größere bei einem anderen Problem innerhalb Kirche. Es ist übrigens ein Problem, das die ganze russische Gesellschaft betrifft. Ich spreche vom Problem der Wahrnehmung des einzelnen Menschen und seiner Bedürfnisse: Wie wird der einzelne Mensch bzw. die kleine Wohltätigkeitsorganisation, die aus der Gemeinde entstanden ist, aber selbständig agiert, wahrgenommen? Sind sie Partner oder ein-

Natalija Wysozkaja, die Leiterin des Vereins «Glaube, Hoffnung, Liebe» (GHL), und Franziska Rich in Koslovka an der Wolga, in der Republik Tschuwaschien.

Der Verein «Glaube, Hoffnung, Liebe» leistet juristische Beratungsdienste für Strafgefangene in Russland und verschickt juristische Literatur an sie.

Der Fonds «Diakonie» fördert die überregionale diakonische Zusammenarbeit und Freiwilligenarbeit mit Unterstützung der Synodalabteilung von Bischof Panteleimon.



fach nur Erfüllungsgehilfen der Kirche oder des Staates, die man so oder so als Manövriermasse einsetzen und benützen kann? Haben sie in Kirche und Staat etwas zu sagen, kann man von ihnen allenfalls etwas lernen, oder muss man sie unterdrücken, weil sie unbequeme, störende Konkurrenten geworden sind? Wie also nehmen Kirche und Staat die Menschen und ihre Initiativen wahr, wie gehen sie mit ihnen um?

Ich sehe diese Fragen schon lange als eigentliches Schlüsselproblem der russischen Gesellschaft an. Und dieses ist gerade in den letzten Monaten in Form von Protesten in Kirche und Gesellschaft akut und sichtbar geworden. Wir haben gesehen, wie schwer sich Kirche und Staat im Umgang mit Kritik von unten tun. Dieses Wahrnehmungsproblem scheint mir ein Grund für viele andere Probleme zu sein, die wir in der Kirche antreffen, wie z. B. dass die Diakonie nicht so funktioniert, wie sie sollte. Wenn nicht geklärt ist, wie die Kompetenzen verteilt sind und wie man miteinander respektvoll umgeht, wenn Respekt nur von unten nach oben gefordert wird, kann eine Gesellschaft sich kaum positiv entwickeln.

Für große Aufregung hat das neue restriktive Gesetz über nicht-kommerzielle Organisationen gesorgt (s. RGOW 9/2012, S. 6). Wie beurteilst Du dieses Gesetz?

Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass dieses restriktive Gesetz nicht als Einzelereignis betrachtet werden darf. Dieses Gesetz folgt einer inneren Logik der Politik von Präsident Vladimir Putin, wie er sie seit seiner ersten Amtszeit verfolgt hat. Seine Politik ist seit jeher darauf ausgerichtet, Lenkungsmechanismen für den Staat, die Wirtschaft, die Gesellschaft und bis zu einem gewissen Grad sogar für die Kirche zu erarbeiten. Das bedeutet, dass Putin sich im Sinne einer von oben gelenkten Gesellschaft lieber mit den größten Wirtschaftsführern, einer den Präsidenten beratenden Kammer aus ausgewählten gesellschaftlichen Organisationen und seinen Beamten trifft, um zu besprechen, wie das Land in die Zukunft zu führen sei, als den Mittelstand und Basisorganisationen zu fördern, die von unten Mitsprache einfordern.

Nun haben aber im Verlauf der letzten Jahre doch viele wirtschaftliche, zivile, soziale und kirchliche Initiativen an Reputation und Einfluss auf die Bevölkerung gewonnen. Eine junge Generation ist herangereift, die weniger Angst hat als die ältere Generation. Präsident Putin hat bereits während seiner zweiten Amtszeit versucht, durch immer größere administrative Auflagen gegenüber den gesellschaftlichen Organisationen und der Wirtschaft diese Entwicklung aufzuhalten. Was wir jetzt erleben, ist in gewisser Hinsicht ein Kulminationspunkt. Die Einführung der Bezeichnung «Ausländische Agenten» für zivile Organisationen, die auf die Politik des Landes Einfluss nehmen wollen und vom Ausland Unterstützung erfahren, ist ein Versuch sie zu erniedrigen und zu diskreditieren.

Präsident Putin war sichtlich unzufrieden mit den Resultaten seiner Partei «Einiges Russland» bei den Parlamentswahlen und seinen eigenen Ergebnissen bei der Präsidentschaftswahl. Die neue restriktive Gesetzgebung hinsichtlich der nicht-kommerziellen Organisationen gleicht einer Retourkutsche und einer Warnung an die Adresse der Gesellschaft. Sie ist ein Versuch, die Gesellschaft wieder dahin zu bringen, wo Putin sie haben will.

Welche konkreten Folgen hat das neue Gesetz für die Arbeit der NGOs?

Es wird vermutlich eine Reihe von Zwangsliquidierungen geben, denn Organisationen, die sich nicht an die neuen Registrierungsvorschriften als «Ausländische Agenten» halten wollen, können auf dem Gerichtsweg zwangsliquidiert werden. Andere Organisationen werden selber aufgeben und sagen: «Das machen wir nicht mit». Andere Initiativen wiederum werden nicht aufgeben, aber auf Spenden aus dem Ausland verzichten und so den Umfang ihrer Tätigkeit einschränken müssen. Wer allerdings gegen die neuen Vorschriften verstößt, muss mit horrenden Bußen rechnen, die vom russischen Parlament in erster Lesung bereits verabschiedet worden sind. Sie können bis zu 10 000 CHF betragen. Auch Haftstrafen sind nicht ausgeschlossen. Was den zusätzlichen administrativen Aufwand anbelangt, so haben Untersuchungen von Juristen Kosten von rund 12 000 CHF pro Jahr und Organisation ergeben. Wenn wir als Beispiel das Jahresbudget unserer Partnerorganisation «Insel der guten Hoffnung» von CHF 45 000 nehmen, so würde etwa ein Viertel des Budgets dem zusätzlichen administrativen Aufwand zum Opfer fallen. Es handelt sich also um sehr hohe Beträge, die durchaus dazu führen können, dass eine Organisation ihre Tätigkeit einschränken oder sogar ganz einstellen muss.

Wagen wir noch einen Blick in die Zukunft: Wie sieht die Zukunft von nicht-kirchlichen NGOs und von kirchlichen Initiativen in Russland aus?

Es ist sehr schwierig, etwas vorauszusagen, da die Handhabung der neuen Gesetze in der Praxis noch nicht bekannt ist. Richtlinien sollen Mitte November beschlossen werden. Klar ist nur, dass sich Russland heute erneut in einer Umbruchsphase befindet, die die ganze Gesellschaft und alle ihre Initiativen in der einen oder anderen Weise zu spüren bekommen werden. Theoretisch sind zwar kirchliche und rein soziale bzw. karitative Organisationen von den Gesetzesänderungen nicht so sehr betroffen, aber wenn sich das Klima weiterhin verschlechtert, werden auch sie zu Leidtragenden. Und die Motivation der Menschen, sich für die Anliegen und Nöte der Schwächeren einzusetzen, sinkt auf den Nullpunkt. Mehr denn je wird der lange Atem derjenigen gefordert sein, die sich seit Jahren für die Anliegen der Notleidenden engagieren. In dieser Phase ist deshalb unsere Unterstützung für sie besonders wichtig.

Das Jugendzentrum «Arche» in Kostroma ist eine Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche, hier werden ihnen u. a. Malkurse angeboten.

Zu Besuch bei der «Insel der guten Hoffnung» im Ural: Franziska Rich (rechts) mit der 82-jährigen Klavdia Michailovna Vatlina (Mitte), die vom Sozialzentrum betreut wird.

Die «Soldatenmütter von St. Petersburg» setzen sich für die Belange von Rekruten und deren Angehörigen ein und führen regelmäßig Menschenrechtsseminare durch.

